

Offener Brief an die Landtagsfraktion der LINKEN im Saarland

Saarbrücken, 19.02.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Verwunderung haben wir Eure Pressemitteilung zum Thema der Zuwanderungssteuerung zur Kenntnis genommen. Wie Ihr wisst, betrachtet es unsere Partei als einen großen Fortschritt, dass mit der LINKEN eine starke linke Kraft in Parlamenten deutlich gegen Krieg, Sozialabbau und Austeritätspolitik Stellung bezieht. Nun sind wir sprachlos, dass Eure Fraktion einstimmig europäische Kontingente befürwortet und dies damit begründet, dass „ein 80-Millionen-Volk nicht jedes Jahr eine Million Menschen aufnehmen kann“.

Leider müsst Ihr Euch dann auch die Frage stellen, was passiert, wenn diese Grenzen erreicht sind. Werden dann die Grenzen dicht gemacht und wie?

Wir sehen in Kontingenten und Obergrenzen den untauglichen Versuch, geflüchtete Menschen zurückzudrängen und sich abzuschotten. Das kann niemals Bestandteil linker Politik sein.

Diese Menschen fliehen, wie auch Ihr feststellt, aus Gründen, die zum großen Teil durch die Politik der westlichen Staaten, auch der deutschen, verursacht werden. Also gibt es keinerlei moralisches Recht, Europas Grenzen dicht zu machen. Im Gegenteil muss ein sicherer Transfer für alle Geflüchteten und der Familiennachzug gewährleistet werden, damit das Mittelmeer nicht länger das Massengrab für Emigranten bleibt.

Wir teilen Eure Forderungen nach einer Finanzierung der Kosten für Aufnahme und Integration der Geflüchteten durch Reiche und Konzerne sowie für eine Aussetzung der Schuldenbremse. Wir sprechen uns aber vehement dagegen aus, die Rechte von Geflüchteten und von sozial ausgegrenzten Inländern gegeneinander abzuwägen oder gegeneinander zu stellen. Geflüchtete gehören zum größten Teil genauso zur Klasse der arbeitenden Menschen wie die Hartz-IV-Empfänger hierzulande. Es ist eine dringende Zukunftsaufgabe für linke fortschrittliche Politik, keine weitere Spaltung zuzulassen sondern Geflüchtete zu integrieren nicht nur allgemein in die Gesellschaft sondern in die sozialen Kämpfe, in die Gewerkschafts- und Friedensbewegung. In der Flüchtlingsfrage wird sich auch die Frage von Demokratie und unserer allgemeinen Zukunft entscheiden.

Wenn wir also keine millionenfachen Paria-Gesellschaften wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass alle Flüchtlinge Bildung erhalten; dass alle Arbeit bekommen; dass alle ein Einkommen erzielen, das gut zum Leben reicht; dass alle an unseren Sozialsystemen teilhaben können; dass wir, die Flüchtlinge und die Deutschen, in Solidarität miteinander umgehen.

Refugees welcome muss auch dann gelten, wenn es uns nicht gelingt, eine Reichensteuer in diesem Land durchzusetzen. Wir müssen für beides kämpfen, für offene Grenzen für Flüchtlinge und für die Millionärssteuer. Sonst treiben wir einen Keil zwischen die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land und bestärken die Reaktionäre.

Sollen mit der Forderung nach Steuerung der Zuwanderung Wählerschichten an die Partei gebunden werden, die sonst zur AfD abwandern würden? Dann ist das ein Spiel mit dem Feuer. Es ist ein Zurückweichen vor leider weit verbreiteten rassistischen Einstellungen in der arbeitenden Bevölkerung, die überwunden werden müssen, wenn wir eine andere Politik durchsetzen wollen und denen man nicht nachgeben darf. Darüber hinaus wirken solche Positionen abschreckend auf andere potentielle linke Wähler/innen, natürlich auch auf uns.

Wir sind davon überzeugt, dass linke Politik nur dann neue Stärke erlangen kann, wenn sie internationalistisch ist, wenn sie gemeinsam mit sozialen Bewegungen ein Programm entwickelt, das eine gemeinsame Perspektive für alle Menschen bieten kann.

Benötigt wird eine breite gesellschaftliche Allianz zur Überwindung des Neoliberalismus, die sich die Aufgabe stellt, Alternativen zum heutigen Krisensystem zu entwickeln. Dafür gibt es bereits gute Ansätze wie bei den Kämpfen gegen die Freihandelsabkommen oder in der Friedensbewegung. Aber es genügt nicht, nur gegen etwas zu sein, wir sollten unsere Zukunft, wie der Vorsitzende der Partei der Arbeit Belgiens, Peter Mertens, in seinem Buch „Wir können sie es wagen“ schreibt, „in Farbe denken“. Lasst uns gemeinsam verständigen auf die Ablehnung jeder Form von Realpolitik, die diesen Zielen zuwider laufen, da sonst keine Glaubwürdigkeit aufgebaut werden kann. Es geht also um den Entwurf für eine lebenswerte Zukunft und um die Debatte darum, auf welchen Wegen wir dahin kommen. Denn eines hat Griechenland ganz deutlich gemacht: Die Kräfte, die das neoliberale europäische Modell von Deutschlands Gnaden aufrechterhalten wollen, sind enorm stark. Sie werden sich nur von machtvollen international vernetzten außerparlamentarischen Bewegungen in die Knie zwingen lassen, die auf das engste mit parlamentarischen Vertretungen wie der der Europäischen Linken verbunden sind.

Wir bitten Euch daher, gerade mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen, Eure Position in dem angesprochenen Punkt zu überdenken.

Mit solidarischen roten Grüßen

Das Sekretariat des Bezirksvorstands der DKP Saarland

i.A. gez. Thomas Hagenhofer
Vorsitzender der DKP Saarland